



**Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts- und  
steuerberatende Berufe**



10. September 1986  
6. Jahrgang, S. 118–131  
ISSN 0177–1868

9

Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	118
<b>Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater, § 68 StBerG</b>	119
– Verjährungsbeginn ohne Kenntnis (BGH Urt. v. 18. 6. 1986 – IV a ZR 186/84)	
<b>Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater, § 68 StBerG</b>	120
– wegen Verletzung eines Treuhandauftrages – Anmerkung (BGH Urt. v. 10. 4. 1986 – VII ZR 214/85, WM 1986, 940)	
<b>Zeugnisverweigerungsrecht des Steuerberaters, § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO</b>	123
– Welche Tatsachen unterliegen der Verschwiegenheitspflicht ? – Weiterführende Hinweise (OLG Koblenz, Beschl. v. 16. 12. 1985 – 1 W 673/85).	
<b>Berufshaftpflicht und Versicherungsschutz</b>	127
– Risiken des Geschäftsführers einer Steuerberatungs-GmbH – Regreß der Steuerberatungs-GmbH gem. § 43 Abs. 2 GmbHG gegen den Geschäftsführer – Anmerkung (LG Köln, Urt. v. 14. 5. 1986 – 24 O 460/85, nicht rechtskräftig)	
<b>Neue Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Berufsrecht des Steuerberaters</b>	131
– Zulässigkeit der Vereinbarung eines Darlehens mit dem Mandanten (BGH, Urt. v. 10. 7. 1986 – III ZR 77/85)	

## GI Leitsätze

### **Belehrungspflicht des Notars**

Die betreuende Belehrungspflicht des Notars kann die Notwendigkeit eines Hinweises auf Risiken bei einer Vertragsabwicklung umfassen. Der Notar darf dabei aber wegen seiner Pflicht zur Unparteilichkeit nicht zugunsten eines Beteiligten Sicherungen vorschlagen, die im Widerspruch zum erkennbaren Willen eines anderen Beteiligten stehen.

(BGH, Urt. v. 3.7.1986 – IX ZR 51/85)

---

### **Unverschuldetes Fristversäumnis des Rechtsanwalts**

Versehen bei der Beförderung der Gerichtspost durch die Bürovorsteherin (hier: Nichtbeachten des Herausfallens von Schriftsätzen aus einem Umschlag) sind dem Prozeßbevollmächtigten grundsätzlich nicht als eigenes Verschulden anzurechnen.

(BGH, Urt. v. 26.2.1986 – VII ZB 1/86, VersR 1986, 702)

---

### **Grobes Verschulden des Steuerberaters im Sinne §173 Abs. 1 Nr. AO**

Grobes Verschulden beinhaltet Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Grob fahrlässig handelt der Steuerpflichtige, wenn er bei der Abgabe der Steuererklärung die ihm zumutbare Sorgfalt in ungewöhnlichem Maße und in nicht entschuldbarer Weise verletzt. Ein dem Steuerberater zuzurechnendes grobes Verschulden kann auch darin bestehen, daß er es unterläßt, gegen einen Steuerbescheid Einspruch einzulegen, obwohl sich ihm innerhalb der Einspruchsfrist die Geltendmachung der dem Finanzamt **bisher nicht bekannten Tatsachen hätte aufdrängen müssen**.

(BFH v. 5.11.1985 – VIII R 258/82, Steuertelelex 349/86)

## Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater, § 68 StBerG

– Verjährungsbeginn ohne Kenntnis

(BGH-Urt. v. 18.6.1986 – IVa ZR 186/84 –)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Für den Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater kommt es nicht auf die Kenntnis des Mandanten vom Bestehen eines Schadenersatzanspruches an (Bestätigung von BGH-Urt. v. 20.1.1982 – Az IVa ZR 314/80 BGHZ 83, 17 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe = DStR 1982, 297 m. Anm. Messmer = GI 8/82).
2. Bis etwa Frühjahr 1982 kann dem Steuerberater nicht vorgeworfen werden, wenn er irrtümlich eine Pflicht zur Belehrung des Mandanten über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist gem. § 68 StBerG nicht erkannte (Bestätigung von BGH-Urt. v. 18.12.1985 – Az IVa ZR 103/84, GI 1986, 63).

### Aus den Gründen:

Die von der Revision vertretene Meinung, es müsse entgegen § 68 StBerG auf die Kenntnis des Klägers vom Bestehen eines Schadenersatzanspruches ankommen, sonst sei die kurze Verjährungsregelung auch verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar, hat der Senat bereits mehrfach abgelehnt (BGHZ 83, 17, 19; Urteile vom 20.1. und 26.5.1982 – IVa ZR 283 und 313/80 – VersR 1982, 397 und 850 = LM StBerG Nr. 15 und Nr. 20 = GI 6/82 und 12/82). Bei dieser Auffassung bleibt der Senat.

Die für die Revisionszulassung maßgebliche Frage, ob es dem Steuerberater als zumindest fahrlässig zur Last zu legen ist, seinen Mandanten infolge Irrtums über seine Belehrungspflicht nicht **rechtzeitig auf die Schadenersatzforderung gegen sich selbst und deren drohende Verjährung** hingewiesen zu haben, hat der Senat inzwischen wie das Berufungsgericht und entgegen der Meinung der Revision entschieden (BGHZ 96, 290 und Urt. v. 18.12.1985 – IVa ZR 103/84 – VersR 1986, 348 unter I. = GI 1986, 63). Insbesondere ist die Erhebung der Verjährungseinrede in einer solchen Situation, nämlich für einen Zeitraum, der vor dem die Belehrungspflicht erstmals bejahenden Senatsurteil liegt, auch keine unzulässige Rechtsausübung (BGHZ 96, 290 unter II. 5 c). Nach diesem

Urteil ist schließlich auch die Rüge der Revision unbegründet, das Berufungsgericht habe nicht bedacht, daß der Beklagte den Kläger trotz Bestandskraft der Steuerbescheide jedenfalls dann habe unterrichten müssen, als er noch vor Ablauf der Verjährungsfrist den koordinierten Ländererlaß über den für den Strukturwandel maßgeblichen Zeitpunkt zur Kenntnis genommen habe. Dem Steuerberater kann jedenfalls bis etwa Frühjahr 1982 seine irrtümliche Annahme, eine Belehrungs- und dementsprechend Unterrichtungspflicht bestehe nicht, schlechthin nicht als Verletzung seiner verkehrsüblichen Sorgfalt angelastet werden. Davon ist der Senat in dem genannten Urteil ausgegangen (BGHZ 96, 290, unter II. 5cl. Dieser Ausgangspunkt kann nicht auf dem Umweg wieder verlassen werden, daß der Steuerberater gleichwohl dann hinweisen müsse, wenn er seinen früheren Fehler erkannt habe.

### **Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater, § 68 StBerG**

- wegen Verletzung eines Treuhandauftrages
- Anmerkung

(BGH Urt. v. 10.4.1986 – VII ZR 214/85, WM 1986, 940 –)

#### **Leitsätze:**

1. Der einem Steuerberater beim Grundstückserwerb nach dem Bauherrenmodell erteilte Treuhandauftrag ist als Vertragsverhältnis im Sinne des § 68 StBerG anzusehen.
2. Die Verjährung von Schadenersatzansprüchen nach dieser Vorschrift beginnt, sobald der Geschädigte die Möglichkeit hat, Feststellungsklage zu erheben.
3. Die Verkürzung der dreijährigen Verjährungsfrist des § 68 StBerG durch eine Formulklausel auf ein Jahr ist unwirksam.

#### **Leitsatz (d. Verf.):**

Ein Schaden des Treugebers entsteht, sobald dessen Anspruch auf Rückzahlung der eingezahlten Gelder wirtschaftlich nicht mehr vollwertig ist, d. h. sobald Anhaltspunkte vorhanden sind, daß der Empfänger des Geldes zur Rückzahlung nicht mehr in der Lage ist.

**Aus den Gründen:****§ 68 StBerG und Regreß aus Treuhandvertrag**

.....

Selbst wenn die Parteien – wovon das Berufungsgericht ausgeht – neben dem Treuhandvertrag zugleich einen seinem Inhalt nach getrennten Steuerberatungsvertrag geschlossen haben, beruht auch die Treuhand-tätigkeit des Beklagten, eines Diplomkaufmanns und Steuerberaters, der in dem von dem Kläger erklärten Treuhandauftrag ausdrücklich als Steuerberater bezeichnet ist, zumindest mit auf seinem Beruf als Steuerberater. Die Verknüpfung der von ihm ausgeübten Treuhand mit seiner Steuerberatertätigkeit ergibt sich aus der Eigenart des Bauherrenmodells. Als steuerlich begünstigter Vorgang bedarf diese Art des Grundstückserwerbs einer besonderen steuerlichen Anerkennung; seine treuhänderische Verwaltung setzt deshalb Kenntnisse des Steuerrechts voraus. Der zwischen den Parteien zustandegekommene Treuhandvertrag, aufgrund dessen der Beklagte auch die steuerlichen Belange des Klägers wahren soll, ist daher – unabhängig von dem getrennt abgeschlossenen Steuerberatungsvertrag – als Vertragsverhältnis zwischen Auftraggeber und Steuerberater im Sinne des § 68 StBerG anzusehen (vgl. a. BGH NJW 1982, 1866, 1867 = GI 14/82, insoweit nicht abgedruckt in BGHZ 83, 328 für die Anlageberatung durch einen Steuerberater). Die Vorschrift erfüllt im übrigen Leitbildfunktion für eine Mindestregelung der Verjährung bei vergleichbaren Tätigkeiten (vgl. a. BGH NJW 1984, 2524). Etwaige Schadenersatzansprüche des Klägers gegen den Beklagten aus dem Treuhandvertrag unterliegen somit grundsätzlich der dreijährigen Verjährungsfrist seit Entstehung des Anspruchs (ebenso OLG Hamburg WM 1984, 1400, 1401).

.....

**Formularmäßige Verkürzung der Verjährungsfristen**

Die in Nr. 9 des Treuhandauftrags enthaltene Klausel, wonach Ansprüche gegen den Treuhänder nur binnen Jahresfrist nach Entstehung und Kenntnisnahme des Schadens, spätestens jedoch ein Jahr nach Beendigung des Treuhandauftrags geltend gemacht werden können, ist mit dem Gerechtigkeitsgehalt der angeführten Verjährungsvorschriften, insbesondere dem des § 68 StBerG, nicht vereinbar. Denn sie bevorzugt einseitig und unangemessen das Interesse des Treuhänders an einem möglichst frühzeitigen Haftungsausschluß. Auf die Interessen des Bauherrn, dem unter Umständen erst nach Ablauf der Jahresfrist seit dem Ende des Treuhandauftrags Schaden entsteht und der erst dann eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung des Treuhänders feststellen kann,

nimmt sie keine Rücksicht. Die Durchsetzung von Ansprüchen des Treuegebers und Bauherren wird dadurch erheblich behindert und häufig unmöglich gemacht.

Die Klausel entfernt sich deshalb so weit von dem Gerechtigkeitsgebot der gesetzlichen Regelung und des sich daraus ergebenden Leitbildes für die Mindestregelung der Verjährung in derartigen Fällen, daß sie eine unangemessene, gegen Treu und Glauben verstoßende Benachteiligung der den Treuhandauftrag und die Vollmacht erteilenden Bauherren darstellt. Gemäß § 9 AGBG ist sie daher unwirksam (vgl. die Nachweise im Senatsurteil vom 16. Januar 1986 – GI 1986, 45 m. Anm. = WM 1986, 484).

Das gilt für die gesamte in der Klausel getroffene Regelung. Die Klausel ist nicht etwa insoweit aufrechtzuerhalten, als die Verjährung an die Entstehung des Schadens und Kenntnis des Auftraggebers vom Schaden anknüpft.

\*\*\*\*\*

### **Verjährungsbeginn gem. § 68 StBerG, § 198 Satz 1 BGB**

Nach § 198 Satz 1 BGB und § 68 StBerG beginnt die Verjährung mit der Entstehung des Anspruchs. Von Bedeutung ist somit der Zeitpunkt, in dem der Schaden eingetreten ist, also sich die Vermögenslage des Geschädigten infolge des schädigenden Ereignisses verschlechtert hat. Entscheidend dafür, ob ein Schadenersatzanspruch entstanden ist und damit die Verjährungsfrist in Gang gesetzt wird, ist nach der Rechtsprechung, inwieweit der Berechtigte in der Lage gewesen wäre, seinen Anspruch gerichtlich geltend zu machen. Dabei genügt regelmäßig die Möglichkeit, Feststellungsklage zu erheben (Senatsurteil BGHZ 73, 363, 365 = WM 1979, 419).

Es kann offenbleiben, ab wann für den Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten die Verjährungsfrist lief. Sie wurde jedenfalls nicht vor Ende 1980 in Gang gesetzt. Denn dem Kläger stand gegen die Firma BfK wegen der nicht vermittelten Finanzierung ein Anspruch auf Rückzahlung der von dem Beklagten als seinem Vertreter geleisteten Vermittlungsgebühren zu, der ihm schließlich auch in voller Höhe zuerkannt worden ist. **Soweit und solange dieser Anspruch wirtschaftlich vollwertig war, hatte der Kläger (noch) keinen Schaden erlitten.** (BGH NJW 1978, 425, 426). Es fehlt aber an jedem Anhaltspunkt, daß die erst im November 1983 in Konkurs geratene BfK schon Ende 1980 nicht mehr zur Rückzahlung in der Lage gewesen wäre. Vorher hatte deshalb verständigerweise auch der Kläger keinen Anlaß, gegen den Beklagten etwa Feststellungsklage zu erheben.

**Anmerkung:**

Das Urteil des BGH vom 10.4.1986 bestätigt und vertieft das Urteil vom 16.1.1986 (GI 1986, 45 m. Anm. = WM 1986, 484).

Offen ist weiterhin die Frage, ob eine an die Kenntnis des Schadens anknüpfende Verjährungsverkürzung auf zwei Jahre auch unangemessen ist (vgl. Hensen in: Ulmer Brandner/Hensen §11 Nr. 10 Tz. 81).

Offengeblieben ist auch die Frage, ob § 68 StBerG sich auf alle Verträge mit Steuerberatern bezieht, die diesen nach dem Steuerberatungsgesetz erlaubt sind (§§ 33, 57 StBerG). Dies würde dem Wortlaut des § 68 StBerG entsprechen, wonach alle Ansprüche aus einem „bestehenden Vertragsverhältnis“ mit dem Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten in drei Jahren verjähren. Eine Einschränkung des Gesetzeswortlautes auf eine bestimmte Art von Verträgen mit Steuerberatern ist damit nicht gegeben. Die Anwendbarkeit des § 68 wurde bisher bejaht bei nachfolgenden Tätigkeiten des Steuerberaters:

Hausverwaltung: – LG Frankfurt Ur. v. 3.1.1984 – 2/26 0330/83, GI 9/84;  
Anlageberatung: – OLG Hamm DB 1980 13/35; BGH NJW 1982, 1867 = GI 14/82; Beantragung von Investitionszuschüssen: LG Bonn Ur. v. 15.2.1979 – 8 O 285/78, GI 6/80; Hilfe bei Durchführung einer wirksamen Abtretung von Steuererstattungsansprüchen: – BGH WM 1982, 371 = GI 7/82 = ZIP 1982, 318 = DB 1982, 849 = VersR 1982, 398.

## **Zeugnisverweigerungsrecht des Steuerberaters, § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO**

- Welche Tatsachen unterliegen der Verschwiegenheitspflicht?
- Weiterführende Hinweise

(OLG Koblenz, Beschl. v. 16.12.1985 – 1 W 673/85)

**Leitsätze (d. Verf.):**

1. Das Zeugnisverweigerungsrecht des Steuerberaters gem. § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO bezieht sich in der Regel nicht auf eigene berufliche Handlungen. Denn das Wissen über diese Tätigkeiten wird ihm nicht von dem Mandanten „anvertraut“.
2. Der Steuerberater darf dann schweigen, wenn die Aussage über seine berufliche Tätigkeit zugleich eine vom Mandanten anvertraute Tatsache offenbaren würde.

**Zum Sachverhalt:**

Die Parteien streiten über die Höhe einer Honorarforderung. Der klagende Steuerberater hatte den mit der Bilanzerstellung befaßten Steuerberater H. S. als Zeugen benannt. Dieser sollte bestätigen, daß zur Überprüfung, Berichtigung und Vervollständigung ungeklärter Konten unzählige Telefonate mit Banken und Kunden geführt worden seien. Der Steuerberater H. S. wurde vom Mandanten nicht von der Schweigepflicht entbunden.

**Aus den Gründen:**

.....

Zur Verweigerung des Zeugnisses sind gem. § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO Personen berechnigt, denen (sonst oder anders) kraft ihres Standes oder Gewerbes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch ihre Natur oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist, in betreff der Tatsachen, auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht. Zu diesem Personenkreis gehören Steuerberater und Steuerbevollmächtigte, die ihren Beruf nach § 57 Abs. 1 des Steuerberatungsgesetzes „verschwiegen“ auszuüben haben. § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO beschränkt dabei durch seinen Wortlaut den sachlichen Bereich des Schweigerechts auf die kraft Standes oder Gewerbes **anvertrauten Tatsachen** (so auch OLG München in OLG Z 81, 322 ff für den Fall des Zeugnisverweigerungsrechtes des Notares, § 18 BNotO).

Das hat zur Folge, daß der Zeuge H. S. zur Verweigerung des Zeugnisses nur bezüglich solcher Tatsachen berechnigt ist, die einmal unter die Verschwiegenheitspflicht des § 57 Abs. 1 des Steuerberatungsgesetzes fallen und die darüber hinaus ihm vom Beklagten im Sinne des § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO „**anvertraut**“ worden sind. Nach allgemeiner Meinung ist „**anvertraut**“ alles, was dem Berechnigten in Ausübung oder bei Gelegenheit seiner Berufstätigkeit bekannt geworden ist, mit anderen Worten: wovon er aufgrund seiner Vertrauensstellung Kenntnis erlangt hat (vgl. Thomas-Putzo, ZPO, 13. Aufl., § 383 Anm. 3 m.w.N.; BGH in MDR 84, 48 und Bonner Handbuch der Steuerberatung B § 57 StBerG Rdnr. B 819.I).

Zu den in diesem Sinne anvertrauten Tatsachen gehören nach Auffassung des Senats aber nicht die eigenen beruflichen Handlungen eines Steuerberaters. Das ergibt sich bereits aus dem Sinn und Zweck des für diesen Personenkreis bestehenden Zeugnisverweigerungsrechtes. Die eigene Tätigkeit eines Steuerberaters ist nicht Bestandteil des Wissens, das ihm aufgrund seines Berufes vermittelt worden ist. Über sie (die eigene Tätigkeit) erhält er weder von dem ihm Vertrauen schenkenden Beteiligten



(hier dem Beklagten) oder dem Kläger Kenntnis. Seine Handlungsweise ist vielmehr allein das Produkt seines eigenen Willens und steht damit außerhalb der Gesamtheit der an ihn aufgrund seiner Vertrauensstellung herangetragenen Tatsachen (OLG München a.a.O., S. 324 m.w.N.).

Eine andere Betrachtungsweise könnte nur dann in Frage kommen, wenn die (eigenen) Handlungen der Vertrauensperson in einem sehr engen oder gar unlöslichen Zusammenhang mit den Offenbarungen der Vertrauen gebenden Parteien stehen würden, wenn also der Zeuge durch die Bekanntgabe seiner eigenen Tätigkeit zugleich auch eine ihm anvertraute Tatsache offenbaren müßte (so z. B. BGH in MDR 1978, 281 für das Mandantengespräch beim Rechtsanwalt im Fall des § 53 StPO).

Dementsprechend darf der Zeuge H. S. seine Aussage nicht verweigern, soweit es allein darum geht, ob die Leistungen gemäß den Rechnungen vom 25. und 26. Januar 1983 erbracht worden sind (von ihm oder vom Kläger persönlich), und ob im Zusammenhang mit der Beratung des Beklagten die behaupteten Telefonate mit Banken und Kunden geführt worden sind. Diese Fragen stehen mit den übrigen in Rede stehenden Beweisthemen nicht in einem sehr engen oder gar unlöslichen Zusammenhang. Sie lassen vielmehr eine isolierte Betrachtungsweise zu und können – bei entsprechender Handhabung des gerichtlichen Frage-rechtes – von dem Zeugen H. S. in einem neuen Beweisaufnahmetermin auch unabhängig von den anderen Beweisthemen beantwortet werden. Ob bestimmte Leistungen vom Kläger oder von dem für ihn tätigen Zeugen erbracht worden sind, hat nichts damit zu tun, ob die Leistungen (in einem bestimmten Sinne) notwendig und für einen bestimmten Zweck auch erforderlich gewesen sind. Berichtet der Zeuge nur über den Umfang seiner Tätigkeit, so braucht er auch nichts über die familiären, persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse des Beklagten auszusagen, die ihm aufgrund seiner Vertrauensstellung bekannt geworden sind. Hinzu kommt, daß die Frage der Notwendigkeit bzw. Erforderlichkeit der hier behaupteten Leistungen von einem Sachverständigen und nicht von einem Zeugen zu beantworten sein wird.

Aus den vorgenannten Darlegungen ergibt sich gleichzeitig, daß die Aussageverweigerung des Zeugen zu dem übrigen Teil der in Rede stehenden Beweisthemen nicht zu beanstanden ist und daß insoweit das Zwischenurteil des LG Bestand haben muß. Wenn H. S. als Zeuge dazu Aussagen machen müßte, ob die (angeblichen) Leistungen notwendig und für einen ordnungsgemäßen Abschluß auch erforderlich gewesen seien und ob die Telefonate dem Zweck der Überprüfung, Berichtigung und Vervollständigung bestimmter Konten des Beklagten gedient hätten,

so könnte dies in der Tat nicht geschehen, ohne daß der Zeuge unbefugt Wissen über Dinge preisgeben müßte, die ihm aufgrund seiner Vertrauensstellung zur Kenntnis gekommen sind. Das hat das LG richtig erkannt. Bei der erneuten Beweisaufnahme wird es darauf achten müssen, daß der Zeuge nur dann schweigen darf, wenn er durch die Bekanntgabe einer eigenen Tätigkeit zugleich auch eine ihm vom Beklagten anvertraute Tatsache offenbaren müßte.

### Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

1. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht im Falle des Todes des Mandanten durch den Erben. Die Befugnis, von der Verschwiegenheitspflicht zu entbinden, geht nur ausnahmsweise nicht auf den Erben über, wenn es sich um Umstände aus der persönlichen Sphäre des Erblassers handelt, z. B. um die Beurteilung der Testierfähigkeit.  
OLG Stuttgart Beschl. v. 18.10.1982 – 8 W 388/82 NJW 1983, 1070 (Leitsatz), Bay. OLG Beschl. v. 2.3.1966, MitBl WPK Nr. 18, 8 ff. = NJW 1966, 1664
2. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht im Falle des Konkurses durch den Konkursverwalter  
OLG Schleswig BB 1980, 1288 = ZIP 1980, 527, = MitBl. Nr. 88, 21; LG Düsseldorf MitBl. WPK Nr. 93, 13; LG Lüneburg ZIP 1983, 711 m. Anm. Henkel; a.A. OLG Nürnberg MitBl. WPK Nr. 68, 17 = MitBl. Steuerberaterkammer Berlin, 1978 Nr. 2
3. Grenzen der Verschwiegenheitspflicht bei Wahrnehmung berechtigter Interessen:
  - Regreßansprüche des Mandanten  
LG München DStR 1982, 179; Pelka/Hartmann Beck'sches Steuerberaterhandbuch 1986 T 16
  - Bei Unterrichtung des Berufshaftpflichtversicherers  
MitBl. WPK Nr. 41, 7 und Nr. 67, 8 zu Fragen der Verschwiegenheitspflicht unter besonderer Berücksichtigung der Interessenlage bei Regressen; Mittelsteiner, Verschwiegenheitspflicht und Aussageverweigerungsrecht der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten DStR 1965, 198.

- Bei Honorarprozessen gegen Mandanten BGH MitBl. WPK Nr. 8, 13 ff; OLG Düsseldorf Rpfleger 1971, 412 = DNotZ 1972, 443
- 4. Zur Verschwiegenheitspflicht der Sachverständigen Kayserlingk BB 1980, 233 ff

### **Berufshaftpflicht und Versicherungsschutz**

- Risiken des Geschäftsführers einer Steuerberatungs-GmbH
- Regreß der Steuerberatungs-GmbH gem. § 43 Abs. 2 GmbHG gegen den Geschäftsführer
- Anmerkung  
(LG Köln, Urt. v. 14. 5. 1986 – 24 O 460/85 – nicht rechtskräftig)

#### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Der Steuerberater ist in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer einer Steuerberatungs-GmbH gegen das Risiko eines Regresses der GmbH gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG weder über die Police der Steuerberatungs-GmbH noch über die Police für seine Einzelpraxis gedeckt.
2. Bei Regreßansprüchen, die aus einer Pflichtverletzung im Innenverhältnis zwischen Geschäftsführer und GmbH basieren, verwirklicht sich das typische unternehmerische Risiko aus der verantwortlichen Leitung eines Unternehmens (§ 4 Zf. 9 AVB/WB).

#### **Aus den Gründen:**

\*\*\*\*\*

Der Kläger hat keinen Anspruch gegen den Beklagten auf den begehrten Deckungsschutz, was die befürchteten Regreßansprüche gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG aus seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Steuerberatungs-GmbH betrifft.

Ein solcher Anspruch des Klägers ergibt sich weder aus den von beiden Gesellschaften mit beschränkter Haftung abgeschlossenen Haftpflichtversicherungsverträgen, noch aus der von der Sozietät, deren Mitglied der Kläger war, auch für den Kläger abgeschlossenen Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung nach den Bedingungen für Wirtschaftsprüfer.

1. Zwischen den Parteien besteht zu Recht Übereinstimmung dahingehend, daß sich ein Anspruch des Klägers auf Abwehr von Regreßansprüchen der Steuerberatungs-GmbH gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG wegen fehlerhafter Geschäftsführtätigkeit nicht aus den Versicherungsverträgen der beiden Gesellschaften selbst ergeben kann. Dieser Anspruch scheitert bereits daran, daß Versicherungsnehmer aus diesen beiden Verträgen die juristischen Personen sind. Zwar bestimmt **§ 1 Abs. III der AVB/WB** „Nimmt eine juristische Person für sich selbst Versicherung, besteht Versicherungsschutz für die ihren Organen und Angestellten zur Last fallenden Verstöße“. Diese Regelung ist jedoch nur die selbstverständliche Konsequenz aus der Tatsache, daß eine juristische Person als Versicherungsnehmer ja immer nur durch ihre Organe handeln kann und daß die juristische Person daher auch von Schadenersatzansprüchen Dritter freigestellt werden muß, die sich aus der versicherten Tätigkeit dieser Organe ergeben. Keinesfalls jedoch ergibt sich daraus die Konsequenz, daß die Haftpflichtversicherung der Versicherungsnehmerin deren Organe auch im Innenverhältnis zur Versicherungsnehmerin von Ansprüchen der Versicherungsnehmerin selbst freizustellen hat.
2. Entgegen der Auffassung des Klägers scheidet aber auch ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag der Sozietät für den vorliegenden Regreßfall aus, da dieser Regreßfall von der Berufshaftpflichtversicherung der Sozietät für ihre Mitglieder nach Sinn und Zweck des Vertrages nicht gedeckt wird.

Denn mit seiner Deckungsschutzklage begehrt der Kläger nicht Schutz vor Haftpflichtansprüchen Dritter, die sich unmittelbar aus der Erledigung seiner beruflichen Aufgabe als Wirtschaftsprüfer bzw. Steuerberater im Rahmen seiner Tätigkeit für die Sozietät ergeben. Vielmehr verlangt er Abwehr von Regreßansprüchen nach § 43 Abs. 2 GmbHG der juristisch selbständigen Tochtergesellschaften der Sozietät aus einer Tätigkeit als Geschäftsführer dieser Gesellschaften. Diese Regreßansprüche, die auf Pflichtverletzungen vertraglicher Pflichten im Innenverhältnis des Geschäftsführers zur GmbH wurzeln, sind den Ansprüchen aus der Verletzung einer beruflichen Pflicht gegenüber Dritten nicht gleichzustellen, da sich hier das **typische unternehmerische Risiko aus der verantwortlichen Leitung eines Unternehmens verwirklicht**.

Der Kläger kann sich demgegenüber nicht darauf berufen, daß die Regreßansprüche ja letztlich aus seiner beruflichen Tätigkeit als Wirtschafts- oder Steuerberater resultieren. Denn diese berufliche

**Tätigkeit hat er als Organ der GmbH ausgeübt und insoweit kann Berufshaftpflichtschutz nur der jeweiligen GmbH aus deren eigener Haftpflichtversicherung zukommen.** Wäre dies anders, so bräuchten die beiden Gesellschaften ja keinen eigenen Haftpflichtschutz, sondern könnten sich regelmäßig im Wege des Regresses bei der Berufshaftpflichtversicherung ihres Geschäftsführers schadlos halten.

Da ein Steuerberater, der eine GmbH – sei es als Alleingesellschafter oder zusammen mit seinen Soziern – gründet, für Regreßansprüche dieser GmbH nicht seine eigene Berufshaftpflichtversicherung oder die für die Sozietät abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung in Anspruch nehmen kann, würde sich im übrigen auch aus dem Ausschlußtatbestand des **§ 4 Zf. 8 AVB/WB** ergeben: danach bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche von juristischen Personen, deren Majorität sich in der Hand des Versicherungsnehmers oder Versicherten oder eines Sozius oder Angehörigen des Versicherungsnehmers oder Versicherten befindet.

Die **wirtschaftliche Gefahr dieser „Unversicherbarkeit“** ist für den Stand der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer jedoch wohl nicht so groß, wie vom Kläger befürchtet. Denn bei denjenigen Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, die ihre Tätigkeit in Gestalt einer GmbH ausüben, wird der Innenregreß von vornherein regelmäßig soweit wie möglich durch die vertragliche Ausgestaltung beschränkt sein.

#### **Anmerkung:**

Das Landgericht weist zu Recht darauf hin, daß der Steuerberater wegen der „Unversicherbarkeit“ der Geschäftsführertätigkeit den organ-schaftlichen Innenregreß (GmbH gegen Geschäftsführer) im Angestelltenvertrag weitestgehend, d.h. bis auf vorsätzliche Berufsversehen, ausschließen muß.

Das wirtschaftliche Risiko der „Unversicherbarkeit“ ist im übrigen nicht besonders groß:

Ein Innenregreß zu Lasten des Geschäftsführers entfällt, so lange die Steuerberatungs-GmbH von den Regressen Dritter durch den Berufshaftpflichtversicherer freigestellt wird. Dann hat die GmbH keinen Schaden und kann keinen Regreß gegen den Geschäftsführer geltend machen.

Es ist ein Innenregreß gegen den Geschäftsführer nur möglich,

- wenn der Schadenersatzanspruch des Mandanten die Deckungssumme der Steuerberatungs-GmbH überschreitet, oder
- Versicherungsschutz wegen vorsätzlichen Berufsversehens des Geschäftsführers oder wegen Vorliegens eines Risikoausschlusses nicht zu gewähren ist.

Dem als Geschäftsführer tätigen Steuerberater kann deshalb nur empfohlen werden, die Deckungssummen der Steuerberatungsgesellschaft regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin zu überprüfen und bei Zweifeln über den Umfang des Versicherungsschutzes den Berufshaftpflichtversicherer zu befragen.

#### **Wortlaut der Allgemeinen Versicherungsbedingungen:**

§1 Abs. 3 AVB/WB: Nimmt eine juristische Person für sich selbst Versicherung, besteht Versicherungsschutz für die ihren Organen und Angestellten zur Last fallenden Verstöße. In der Person des Verstoßenden gebene Umstände, die den Versicherungsschutz beeinflussen, werden der Versicherungsnehmerin zugerechnet; das gilt nicht, wenn Angestellte (nicht Organe) der Versicherungsnehmerin oder sonstige Personen, deren sie sich zur Erfüllung ihrer Berufstätigkeit bedient, in Erfüllung dieser Tätigkeit von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers wesentlich abgewichen sind oder sonst ihre Pflichten wesentlich verletzt haben.

§4 Zf. 8 u. 9 AVB/WB: Von juristischen Personen, wenn die Majorität der Anteile und von sonstigen Gesellschaften, wenn ein Anteil dem Versicherungsnehmer oder Versicherten oder einem Sozium oder Angehörigen des Versicherungsnehmers oder Versicherten gehört; das gilt nicht für Ansprüche von Kommanditgesellschaften, wenn ein Kommanditanteil einem Angehörigen gehört.

Aus der Tätigkeit des Versicherungsnehmers als Leiter, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied privater Unternehmungen, Vereine, Verbände oder als Syndikus.

## **Neue Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Berufsrecht des Steuerberaters**

– Zulässigkeit der Vereinbarung eines Darlehens mit dem Mandanten  
(BGH, Urt. v. 10.7.1986 – III ZR 77/85)

### **Leitsatz:**

Ein Steuerberater verstößt nicht gegen das Verbot gewerblicher Tätigkeit, wenn er einem einzelnen Mandanten Darlehen gewährt und dafür in banküblicher Weise Zinsen berechnet.

### **Aus den Gründen:**

Daß ein Steuerberater einer – von ihm betreuten – Handelsgesellschaft Darlehen gewährt, dafür bankübliche Zinsen berechnet und alle gegenseitigen Leistungen im Kontokorrent abrechnet, mag ungewöhnlich sein; eine entsprechende Abrede ist aber zivilrechtlich nicht unwirksam. Nach § 355 HGB genügt es, wenn einer der am Kontokorrent Beteiligten Kaufmann ist. Auch aus § 22 Abs. 4 Nr. 1 StBerG a. F. ergibt sich keine Nichtigkeit der Vereinbarung gemäß §§ 134, 138 BGB. Es ist anerkannt, daß einem Steuerberater zwar eine Tätigkeit als persönlich haftender Gesellschafter oder Geschäftsführer einer Handelsgesellschaft verboten ist, Bedenken gegen eine rein kapitalmäßige oder gesellschaftliche Beteiligung aber nicht bestehen (BGH, Urt. v. 8.12.1975 – StbStR 3/75, abgedruckt bei Klöcker/Mittelsteiner/Späth, Handbuch der Steuerberatung, Gr 12 (II), S. 27, 29; Charlier/Peter StBerG 3. Aufl. Gruppe 320 – § 57 StBerG – S. 39 Rn. 121). Danach erscheint es auch zulässig, daß ein Steuerberater in einem Einzelfall einem Mandanten Darlehen gewährt und bankmäßig abrechnet.

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.